

AfD Begrüßt die Erstaufnahmeeinrichtung in Augsburg Stadtregierung legt Plan analog der AfD Anregung vor

Bereits als vor einigen Wochen die Pläne der bayerischen Staatsregierung zum Bau von Erstaufnahmeeinrichtungen in allen Regierungsbezirken bekannt wurden, forderte die Augsburger Stadtratsfraktion der AfD umgehend Oberbürgermeister Dr. Gribl auf, sich um eine solche Einrichtung für Augsburg zu bemühen. Am Montag wurde dann die dementsprechende Planung im Ältestenrat des Augsburger Stadtrates vorgestellt.

Thomas Lis, Fraktionsvorsitzender der AfD, begrüßt ausdrücklich die vorgestellte Planung der Stadt eine Erstaufnahmeeinrichtung am Flugplatz Mühlhausen zu bauen. "Angesichts des ungebremsen Zustroms von Flüchtlingen auch nach Augsburg kann hier aufgrund der Anrechnung der Erstaufnahmeplätze auf das den Augsburgern zugewiesene Kontingent an Asylbewerbern und Flüchtlingen für das Stadtgebiet eine deutliche Entspannung entstehen," sagt Lis zu dem Projekt. "Durch die dadurch deutlich abnehmende Zahl der Asylbewerber, die Augsburg dauerhaft in der Stadt unterbringen muss, können den Flüchtlingen menschenwürdigere Unterbringungen gewährt werden und die Betreuungsmöglichkeiten werden besser. Die menschenverachtende Unterbringung in der Calmbergstraße könnte dann geschlossen werden." Auch für die Augsburger Bürger würde sich die Situation deutlich entspannen, da neue größere Gemeinschaftsunterkünfte, ähnlich wie in der Ottostraße oder jetzt in Lechhausen, vorerst nicht mehr notwendig wären. Im Augenblick sind etwa 1.000 Asylbewerber in Augsburg, dies könnte sich durch die neue Einrichtung halbieren. "Dazu muss man wissen, dass die Erstaufnahme nur eine Durchgangsstation mit amtlichen Einrichtungen ist, wo neue Flüchtlinge nur einige Tage verbringen, bevor sie auf die normalen Unterbringungen in ganz Schwaben verteilt werden. Diese Menschen, die oft noch traumatisiert sind, werden erfahrungsgemäß die Einrichtung in diesen wenigen Tagen kaum verlassen," so Lis.

Allerdings gibt Lis aber auch zu bedenken, dass die Flüchtlingszahlen in Deutschland und Bayern weiter rasant steigen werden und so durch die neue Einrichtung nur eine kurze Verschnaufpause eintreten wird. "Angesichts der weltpolitischen Lage und der weiterhin wirtschaftlichen Attraktivität Deutschlands ist mit einer weiteren Verschärfung der Situation auch in Augsburg zu rechnen. Davor verschließen aber viele noch die Augen. Es werden hier noch viele große Herausforderungen auf uns zukommen, wenn hier nicht umgehend gute Lösungen gefunden werden."

Deshalb hat Lis bereits im Ältestenrat den OB aufgefordert auch über den Städtetag den Druck auf die Bundespolitik deutlich zu erhöhen. "Schnellere Asylverfahren sind dringend geboten, aus Gründen der endlichen Aufnahmekapazitäten, aber auch um den Asylbewerbern unmenschlich lange Unsicherheit zu ersparen. Abgelehnte Asylbewerber müssen dann konsequent wieder in ihre Heimat gebracht werden, damit echte Verfolgte und Unterdrückte menschenwürdig untergebracht werden können und die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht noch mehr verloren geht. Sehr überrascht war ich dabei von der Aussage, dass derzeit nur etwa 1,5% der Asylbewerber anerkannt werden." Die AfD Fraktion fordert Dr. Gribl weiterhin auf, auf die klarere Einhaltung der Dubliner Verträge zu pochen. Dieses Vertragswerk, das

besagt, dass Asylverfahren in der EU dort stattfinden müssen, wo der Bewerber erstmal die EU betritt, wird derzeit oft ignoriert und nicht umgesetzt. Da unter anderem die wirtschaftlichen Bedingungen für Asylbewerber in Deutschland deutlich attraktiver erscheinen, führt dies dazu, dass diese Regelung häufig umgangen wird. Auch die Augsburger Stadtregierung ist hier gefordert, diese gesetzlichen Regelungen umzusetzen und die entsprechenden Asylbewerber in die jeweils verantwortlichen Staaten zurückzubringen. "Nur mit diesen Regelungen und Maßnahmen sind menschenwürdige Asylverfahren auch hier in Augsburg zu gewährleisten und die Akzeptanz und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung aufrechtzuerhalten."

Die neueste Idee der bayerischen Staatsregierung, Grenzkontrollen von Österreich einzurichten, hält Lis für kaum realisierbar. Vielmehr müssten eben die Verfahren beschleunigt werden und endgültig abgelehnte Asylbewerber konsequent abgeschoben werden. "Und Herr Seehofer sollte sich bei der Bundesregierung lieber dafür einsetzen, dass die Dubliner Verträge in Europa strenger eingehalten werden, dann wäre die Situation in Deutschland nicht so angespannt."